

# Es fehlen die Jungen, die zahlen

Angesichts der Börsenbaisse bangen die Arbeitnehmenden um ihre Altersvorsorge. Vergessen gehen dabei die drückenden grundsätzlichen Probleme des Rentensystems.

Von Stefan Hostettler

«Das Land braucht ein Rentensystem wie die Schweiz», war kürzlich auf der Frontseite des renommierten deutschen Wochenblatts «Die Zeit» zu lesen. Das schweizerische Drei-Säulen-Modell mit AHV, Pensionskasse und steuerbegünstigter privater Vorsorge wird im Ausland gerne als Ideal gepriesen, weil hier zu Lande nicht wie in vielen europäischen Staaten die ganze Last der Altersvorsorge auf der ersten Säule liegt und so die noch arbeitenden Beitragszahler nicht vollumfänglich über ihre Lohnabzüge oder Steuern den Lebensunterhalt der Rentner finanzieren müssen.

Dieses so genannte Umlageverfahren zur Finanzierung, wie es auch bei der AHV verwendet wird, dürfte in den Industrieländern in den nächsten Jahrzehnten zum alles dominierenden Problem werden. Der Anteil der Nicht-mehr-Erwerbstätigen wächst in diesen Staaten durch die immer höhere Lebenserwartung und die sinkende Geburtenrate stetig an. 30 Rentnern stehen in Europa derzeit 100 Arbeitende gegenüber. Bis 2040 rechnet der Thinktank Center for Strategic and International Studies (CSIS) mit einem Verhältnis von 70 zu 100.

## 30 Prozent höhere Steuern?

In den ärgsten von der Überalterung betroffenen Ländern Italien, Japan und Spanien wird es dann sogar fast gleich viele Erwerbstätige wie Senioren geben; wenn das Pensionsalter unverändert bleibt (siehe Grafik). Um die steigenden Kosten zu decken, ist laut CSIS in diesen Staaten mit zusätzlichen 30 Steuerprozenten auf den Einkommen zu rechnen. Bereits heute zahlen die Italiener fast 33 Prozent ihres Bruttoehelohnes an die staatliche Fürsorge.

«Wenn nicht bald gehandelt wird, muss mit wirtschaftlich einschneidenden Konsequenzen gerechnet werden», warnt das CSIS in seinem Bericht «Globale Alterskrise». Und auch der ehemalige deutsche Bundesbank-Präsident Karl-Otto Pöhl zeigt sich besorgt über «das extrem tiefe Bewusstsein» in dieser Frage. So wichtig es sei, Panikmache zu verhindern, müsse in den Industriestaaten diese komplexe und langfristige Problematik in der Öffentlichkeit doch thematisiert werden, so Pöhl, der heute als Kopräsident dem internationalen Expertengremium Global Aging Commission vorsteht.

Dass der wohlstandsbedingte Rückgang der Geburtenrate allein durch die politisch umstrittene Zuwanderung aus Entwicklungs- und Schwellenländern zu kompensieren ist, widerlegen die Prognosen von Deutsche Bank Research: Um den Altenquotienten, das Verhältnis von Rentnern zu Erwerbstätigen, in der EU stabil zu halten, müssten künftig jährlich 13,5 Millionen Menschen einwandern. Das wären in den nächsten 50 Jahren rund 700 Millionen Zuwanderer bei heute 388 Millionen Einwohnern.

Die sich ändernde Altersstruktur droht aber laut Deutscher Bank die Wirtschaft nicht nur durch steigende Steuern und Abzüge zu belasten. Auf Grund des steigenden Durchschnittsalters der Arbeitskräfte wird das Wirtschaftswachstum noch durch eine sinkende Arbeitsproduktivität beeinträchtigt. Die EU-Kommission erwartet, dass in Europa bis 2050 durch die Überalterung pro Kopf 19 Prozent Wachstum verloren gehen. Zwar müssen solche langfristigen Prognosen mit Vorsicht genossen werden, da bekanntlich bereits Schätzungen für das laufende oder nächste Jahr regelmässig weit von der Realität abweichen. Doch errechneten auch andere Institutionen wie etwa die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ähnliche Zahlen: Bis 2025 werde sich das durchschnittliche Wachstum der Industrieländer halbieren – aus demografischen Gründen.

Wenn speziell in Japan nichts unternommen wird, befürchtet der CSIS-Forscher Paul Hewitt einen finanziellen Kollaps der bereits seit Jahren kränkelnden zweitgrössten Volkswirtschaft, was wiederum die ganze Weltwirtschaft in eine länger dauernde Rezession reissen könnte.

Was dieser Trend für die Finanzmärkte bedeutet, ist teilweise umstritten. Weitgehend Einigkeit herrscht darüber, dass an den Aktienmärkten langfristig mit einem schwächeren Wachstum zu rechnen ist; wegen des tieferen Gewinnwachstums der Unternehmen.

Hinzu kommt ein zusätzlicher Druck auf die Aktien, da die Babyboom-Generation der heute 35- bis 55-Jährigen beim Eintritt ins Rentenalter als grosse Sparerer wegfallen und an den Finanzmärkten als Verkäufer auftreten werden, um ihren Lebensabend zu berrappen. So wird laut Deutscher Bank prognostiziert, dass die später geborenen Babyboomer mit 15 Prozent tieferen Kapital-

marktrenditen werden auskommen müssen. Das Kurs-Gewinn-Verhältnis werde bis 2030 von 20 auf 14 sinken. Ein wirklicher Meltdown, also ein Börsen-GAU, sei deswegen aber nicht zwingend zu erwarten, da die Anleger eigentlich genügend Zeit hätten, um sich auf die neue Situation einzustellen.

## Noch mehr Säulen?

Dass auch die am Schweizer Modell- oder ähnlichen Systemen in den Niederlanden oder Australien – geschätzte zweite und dritte Säule auf stetig steigende Kurse angewiesen sind, wurde vielen Betroffenen erst in den letzten Wochen und Monaten klar, als so entscheidende Grössen wie die Mindestverzinsung oder der Umwandlungssatz plötzlich nach unten korrigiert wurden. Bei zunehmender Lebenserwartung bedarf auch die kapitalgedeckte Altersvorsorge der Börse als «dritten Beitragszahlers» neben Arbeitnehmer und Arbeitgeber – sonst schrumpft die Rente.

Da selbst drei Säulen offenbar für den gesicherten Lebensabend nicht mehr reichen, propagiert die Geneva Association eine Denkfabrik der internationalen Versicherungswirtschaft eine vierte Stütze. So soll angesichts der immer längeren Zeiträume zwischen offiziellem Pensionsalter und Tod eine «Altersteilzeitarbeit» gefördert werden. 60-Jährige, die noch 25 Jahre zu leben haben, sollen nicht zu «reinen Konsumenten» reduziert werden, so das Credo. Wie aber eine aktuelle Umfrage des «Tages-Anzeigers» bei grossen Schweizer Arbeitgebern zeigt, besteht nicht einmal von Seiten der Wirtschaft Interesse an dieser Idee (TA vom 10. März): Frühpensionierungen werden – nicht immer freiwillig – immer mehr zur Regel. Wer übers Pensionsalter hinaus arbeitet, ist klar ein Sonderfall. Den Autoren des Vier-Säulen-Modells ist es denn auch klar, dass es sich bei ihrem Vorschlag nur um eine mögliche – und schwer realisierbare – Antwort auf das Rentenproblem handeln kann. Als geradezu unverantwortlich crachtet es die Geneva Association aber, dass einzelne europäische Staaten noch voll auf die erste Säule und das mittelfristig unfinanzierbare Umlageverfahren setzen.

## Zwingendes Wachstum

Grundsätzlicher sind die Ratschläge zur Altersproblematik etwa von Kenneth Rogoff, Chefökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF): Wie die Renten genau finanziert würden, sei gar nicht entscheidend. «Zentral ist, dass die Weltkonjunktur dank einer gesunden Geld- und Finanzpolitik, guter Ausbildung und Innovation weiter wächst», so Rogoff. Doch auch er gesteht ein, dass sich das Problem allein

mit höheren Beiträgen, bezahlt von den Jungen, nicht nachhaltig lösen lasse.

Die Autoren der «Demografischen Herausforderung» von der Deutschen Bank sehen mehrere Ansatzpunkte, um die in den Rentensystemen tickende Zeitbombe zu entschärfen:

■ So weit wie möglich soll der Entwicklung mit einer liberaleren Einwanderungspolitik aus den Schwellen- und Entwicklungsländern begegnet werden, denn «sonst werden die alternden und schrumpfenden Industrieländer an der demografischen Herausforderung scheitern».

■ Jene Bereiche der Wirtschaft, die von demografischen Trends besonders stark betroffen sind, sollen unabhängiger davon gestaltet werden: nicht halbierte Renten oder verdoppelte Beitragssätze, sondern neue Finanzierungsmodelle für die umlagefinanzierten Vorsorgesysteme.

■ Da die Bevölkerungsentwicklung zu höheren Staatsausgaben und wegen eines tieferen Wirtschaftswachstums zu tieferen Steuereinnahmen führen wird, sollen die Staatshaushalte schon heute auf einen nachhaltigen Kurs gebracht werden.

■ Am Arbeitsmarkt soll die Erwerbsquote der Frauen, mit den nötigen Begleitmassnahmen wie Krippenplätzen, erhöht werden. Generell muss durch früheren Berufseintritt und höheres Rentenalter die Lebensarbeitszeit verlängert werden.

■ Ein liberalisierter Weltkapitalmarkt könnte helfen, den befürchteten Verkaufsdruck an den Aktienbörsen abzufedern. Investitionen in Schwellenländer sind vor derhand nicht von der Überalterung belastet, weil es dort noch mehr Junge gibt.

Doch die oft wiederholten Mahnungen an die Adresse der Politik, sich des Problems anzunehmen, verhallen ungehört. «Es ist, wie wenn du jemandem erzählen musst, dass er morgen dick sein werde und darum heute weniger essen darf», beschreibt Henry Aaron von der Brookings Institution das Dilemma. «Es ist schon schwierig genug, jemanden vom Essen abzuhalten, der bereits übergewichtig ist.»

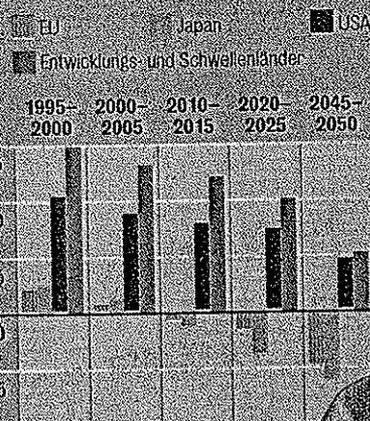
Dass aber künftig selbst bei fehlendem Reformwillen an der Börse Geld verdient werden kann, belegen die Strategen des britischen Finanzhauses Standard Life: In den letzten 40 Jahren kletterten die Kurse von Pharmatiteln praktisch Hand in Hand mit dem wachsenden Anteil von über 80-jährigen. Tendenz dank zunehmender Gesundheitskosten weiter steigend.

## Die wachsende Rentnerzahl überfordert das System

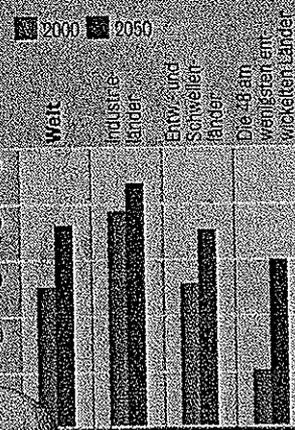
Ausgewählte OECD-Länder, Stand 2002 und Prognosen für 2050 in Prozent

Anzahl Rentner	2002	2050
Italien	25	40
Japan	24	42
Deutschland	24	38
Schweden	23	38
<b>Schweiz</b>	<b>22</b>	<b>39</b>
Grossbritannien	21	34
Frankreich	21	33
Niederlande	19	33
Polen	17	36
USA	16	27

### Bevölkerungswachstum in Prozent pro Jahr



### Lebenserwartung Anzahl Jahre



ST. BACH / FOTOLIA / BILDAGENTUR